Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2868

07. 11. 95

Antrag

der Abgeordneten Heinrich Graf von Einsiedel, Andrea Lederer, Manfred Müller (Berlin), Steffen Tippach, Gerhard Zwerenz, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

Keine deutsche Beteiligung an militärischen Aufklärungssatelliten

Die Bundesregierung möchte, daß die Bundesrepublik Deutschland in die miltärische Raumfahrt einsteigt. Zu diesem Zweck sollen Verhandlungen mit Frankreich über den Aufbau eines bilateralen bzw. multilateralen Satellitensystems begonnen werden. Konkret geplant ist die deutsche Beteiligung am französischen Aufklärungssatelliten HELIOS 2 und die Beschaffung eines unter deutscher Federführung zu entwickelnden Radarsatelliten. Mit den USA sollen Verhandlungen über den Ankauf eines amerikanischen Satellitensystems eröffnet werden. Es wird darüber diskutiert, diese militärischen Spionagesysteme im Rahmen der WEU zu betreiben. Zur Begründung des kostspieligen Projekts weltraumgestützter „strategischer Aufklärung" wird auch angeführt, daß damit Abrüstungsabkommen verifiziert werden könnten. Satellitenaufklärung sei für frühzeitiges Krisenmanagement unentbehrlich.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. keine Verhandlungen mit Frankreich über eine deutsche Beteiligung an HELIOS 2 bzw. mit den USA über den Kauf eines US-amerikanischen Aufklärungssatelitten zu führen;
2. die Pläne über die Entwicklung, Produktion und Dislozierung eines Radarsatelliten in bilateraler bzw. multilateraler Zusammenarbeit oder im Rahmen der WEU aufzugeben;
3. jegliche deutsche Beteiligung an militärischen Spionagesatelliten, in welcher Form auch immer, abzulehnen;
4. sich statt dessen im Rahmen der OSZE für eine Europäische Verifikationsagentur einzusetzen, die die Regelungen zur Überprüfung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen bündelt und koordiniert;
5. sich dafür zu engagieren, die Möglichkeiten der OSZE zur Krisenfrüherkennung und zur Konfliktprävention mit friedlichen Mitteln auszubauen.

Unterschriften umseitig

Bonn, den 27. Oktober 1995

Heinrich Graf von Einsiedel
Manfred Müller (Berlin)
Gerhard Zwerenz
Andrea Lederer
Steffen Tippach
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

1. Die Bundesrepublik Deutschland muß sich für eine europäische Integration einsetzen, die auf ausschließlich zivilen und friedlichen Mitteln beruht und die beispielgebend für die Zivilisierung der internationalen Beziehungen wirkt. Mit dem deutsch-französischen bzw. westeuropäischen Einstieg in die militärische Satellitenaufklärung dagegen würde nur das Wettrüsten im All forciert. Eine mit den USA, Rußland und künftig China, Indien oder anderen Staaten im Weltraum konkurrierende „Militärmacht WEU" würde Mißtrauen schaffen, Ängste vor hegemonialer Kontrolle schüren und weitere Rüstungsanstrengungen nach sich ziehen.

2. Die Überwachung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträgen ist durch Vor-Ort-Inspektionen (KSE-Vertrag, C-Waffen-Konvention), durch militärische Austauschprogramme im Rahmen des NACC, durch OSZE-Missionen und vor allem durch den „open-skies-Vertrag" ausreichend gewährleistet. Diese Verifikationsregime beruhen allesamt auf der Kooperation zwischen allen beteiligten Vertragsstaaten. Mit westeuropäischen Spionagesatelliten würde dieser kooperativer Ansatz durch Konfrontation ersetzt. Um die Überprüfungsregimes zu stärken, sollte der Vorschlag einer Europäischen Verifikationsagentur aufgegriffen werden. Damit könnte der Prozeß der Vertrauensbildung zwischen allen OSZE-Teilnehmerstaaten vorangebracht werden.

3. Für eine Politik der Früherkennung von Krisen und der Konfliktprophylaxe sind andere Instrumente nötig als militärische Spionagesatelliten. Das vorhandene Arsenal weltraumgestützter „Aufklärung" hat die bewaffneten Konflikte in Somalia, im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda nicht verhindert und wird auch künftig nicht helfen. Weltraumgestützte Radar- und Infrarotsensoren werden vor allem für die militärische Austragung von Konflikten benötigt. Daran sollte sich die Bundesrepublik Deutschland nicht beteiligen. Die Politik der Staaten bzw. der Staatengemeinschaft muß statt dessen endlich darauf ausgerichtet werden, Konfliktursachen langfristig zu bekämpfen. Die vorhandenen Einrichtungen der Vereinten Nationen und der OSZE (Konfliktverhütungszentrum in Wien, Hochkommissar für nationale Minderheiten etc.) sind besser auszustatten und politisch zu stärken.

4. Das im Rahmen der WEU angestrebte Satellitensystem ist äußerst kostspielig. Die Schätzungen allein für die Beschaffung schwanken zwischen 6 und 25 Mrd. DM. Damit werden Ressourcen vergeudet, die für eine wirkungsvolle Konfliktursachenbekämpfung dringend benötigt werden. Allein die „irdischen Probleme" der Bundesrepublik Deutschland – Massenarbeitslosigkeit, Haushaltskrise, Aufbau im Osten – lassen einen deutschen Einstieg in die Weltraumrüstung als unverantwortlich erscheinen.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333